

19. Wahlperiode

## **Antrag**

der AfD-Fraktion

### **Höhenkontrollen, Sicherheit erhalten, Fehlalarme reduzieren, Autobahn GmbH in die Pflicht nehmen**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, sich gegenüber der Autobahn GmbH des Bundes dafür einzusetzen, dass Auslösungen von Höhenkontrollen an Berliner Autobahntunneln künftig im Rahmen der bestehenden Betriebsdokumentation standardisiert und auswertbar erfasst werden.

Der Senat hat, gegenüber der Autobahn GmbH des Bundes darauf hinzuwirken, Fehl- und Bagatellauslösungen bei Höhenkontrollen an Berliner Autobahntunneln zu reduzieren, ohne das Sicherheitsniveau abzusenken. Dazu sollen insbesondere zusätzliche Plausibilitätsprüfungen, ergänzende Kamerabewertungen, gegebenenfalls KI gestützte Bild- und Ereignisanalysen, bessere Vorwarnungen, optimierte Ausleitmöglichkeiten, eine Überprüfung der Kalibrierung sowie angepasste Betriebsabläufe bewertet werden.

Geeignete Maßnahmen sollen anschließend zur Umsetzung vorbereitet werden. Eine automatische Freigabe ohne menschliche Kontrolle wird nicht angestrebt.

Der Senat wird aufgefordert, dem Abgeordnetenhaus innerhalb von sechs Monaten zu berichten, welche Gespräche mit der Autobahn GmbH des Bundes geführt wurden, welche Maßnahmen geprüft oder vereinbart wurden und welche weiteren Schritte zur Verbesserung der Datenerfassung sowie zur Verkürzung vermeidbarer Sperrzeiten vorgesehen sind.

### ***Begründung***

Höhenkontrollen an Autobahntunneln sind ein notwendiger Bestandteil der Verkehrssicherheit. Sie schützen Tunnelanlagen, Verkehrsteilnehmer und Einsatzkräfte vor den Folgen zu hohen Fahrzeugen oder nicht ordnungsgemäß gesicherter Ladung. Diese Sicherheitsfunktion steht nicht infrage.

Die Antwort des Senats zeigt jedoch, dass die bisherige Erfassung von Auslösungen der Höhenkontrollen nicht ausreicht, um Sperrungen und ihre Auswirkungen auf den Berliner Verkehr belastbar zu bewerten. Nach Mitteilung der Autobahn GmbH des Bundes liegen Angaben zur Fahrtrichtung oder die Dauer von Sperrungen nicht vor. Wer Sperrzeiten reduzieren will, muss aber wissen, wann, wo, warum und wie lange gesperrt wurde.

Das ist keine zusätzliche Bürokratie, sondern Grundlage eines ordentlichen Betriebs kritischer Verkehrsinfrastruktur. Es geht nicht darum, neue Verwaltungsverfahren aufzubauen, sondern Betriebsdaten, die im Zusammenhang mit solchen Ereignissen ohnehin anfallen, besser nutzbar zu machen.

Zugleich geht aus der Antwort (19/26100) hervor, dass Fehlalarme auftreten und diese mit der hohen Empfindlichkeit der eingesetzten Geräte begründet werden. Eine hohe Empfindlichkeit ist aus Sicherheitsgründen richtig und notwendig. Sie darf aber nicht dazu führen, dass Fehl- und Bagatellauslösungen dauerhaft ungeprüft hingenommen werden, wenn dadurch Sperrungen, Rückstau und zusätzliche Belastungen im Berliner Straßennetz entstehen.

Sicherheit und Verkehrsfluss dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Ziel ist nicht, Höhenkontrollen weniger sicher zu machen. Ziel ist, Auslösungen schneller und besser bewerten zu können, Fehlalarme zu reduzieren und Sperrzeiten zu verkürzen, ohne das Sicherheitsniveau abzusenken.

Auch wenn die Anlagen in der Zuständigkeit der Autobahn GmbH des Bundes liegen, betreffen die Folgen solcher Sperrungen den Berliner Verkehr unmittelbar. Rückstau und Ausweichverkehr enden nicht an Zuständigkeitsgrenzen. Deshalb muss der Senat gegenüber dem Bund und der Autobahn GmbH aktiv darauf hinwirken, dass die Höhenkontrollen an Berliner Autobahntunneln sicher, nachvollziehbar und mit möglichst geringen vermeidbaren Sperrzeiten betrieben werden.

Berlin, den 15.06.2026

Dr. Brinker                      Wiedenhaupt  
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion